

Antrag - Nr. StVV - AT 11/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.08.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Benchmarking Personalkosten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)

Im Nachgang zur Verabschiedung des Bremerhavener Haushalts am 13. Juni 2024 in der Stadtverordnetenversammlung gab es eine Diskussion über die Personalkosten der Seestadt. Geführt wurde diese nicht in der Stadtverordnetenversammlung selbst und kaum in den Fachausschüssen, sondern in der medialen Öffentlichkeit. Personalkosten machen einen Großteil der kommunalen Ausgaben aus und darum ist es die Politik den Bürger*innen der Stadt schuldig, diese stets aufmerksam im Blick zu halten. Das bedeutet nicht, dass automatisch gekürzt und Stellen gestrichen oder gar die Personalkosten pauschal reduziert werden sollten. Allerdings sollten sowohl die Kämmerei als auch die Stadtverordneten die Bremerhavener Personalkosten überblicken und bewerten können.

In der öffentlichen Debatte im Juni wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass vergleichbar große deutsche Städte, wie Trier, Erlangen oder Cottbus, deutlich weniger Geld für öffentlich Beschäftigte ausgeben. Das kann viele Gründe haben, die in der genannten Debatte nicht näher untersucht wurden. Es blieb in der Öffentlichkeit lediglich der Eindruck, dass Bremerhaven außergewöhnlich viel Geld in diesem Bereich ausgabe.

Bremerhaven gehört zu den armen Kommunen und ist darum umso mehr zu einem klugen Umgang mit seinen sehr begrenzten finanziellen Mitteln verpflichtet. Denn gerade, weil die Stadt wenig Geld hat und zugleich dringend Personal zum Beispiel im Jugendamt oder in Kitas benötigen, muss das vorhandene Geld sehr sorgfältig eingesetzt werden. Klug bedeutet dabei, dass Bremerhaven seine Verwaltungspraxis und den Umgang mit Personalkosten vergleicht mit anderen Städten in ähnlicher Größe oder in ähnlicher sozialer Lage. Dies reicht von den reinen Zahlen bis hin zum Umgang mit den zahlreichen Aufgaben, die die Öffentliche Hand für die Bürger*innen erledigt. Solch ein Benchmarking verbessert somit die Faktenbasis, auf der Politik und Magistrat über die städtischen Ausgaben entscheiden.

In einem ersten Schritt müssen wir eine solide Faktenbasis schaffen, indem wir einen professionell erstellten Vergleich unserer Personalkosten mit denen vergleichbarer Städte erstellen lassen. In einem zweiten Schritt sollte dann analysiert werden, wie es anderen Städten gelingt, ihre Personalausgaben im Griff zu behalten

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf:

1. ein professionell erstelltes Benchmarking der städtischen Personalkosten mit vergleichbaren Städten in Auftrag zu geben. Dabei sind unterschiedliche Dimensionen (wie unter anderem Einwohnerzahl, Sozialstruktur, Haushaltsvolumen) zu berücksichtigen.

2. Teil dieses Vergleiches soll zudem die Analyse des Finanzcontrollings (unter anderem Buchführungslogik, Ausgabenkontrolle, Gender Budgeting) und des Personalmanagements (unter anderem Mitarbeitendenzufriedenheit, Arbeitsorganisation, Arbeitsbelastungen, Personalgewinnung) in anderen Städten sein.

Claudius Kaminiarz, Petra Coordes
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P